

Der gewaltsame Machtkampf in Syrien

Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft

Muriel Asseburg / Heiko Wimmen

Seit Jahresbeginn 2012 ist die Gewalt in Syrien weiter eskaliert. Propagandistisch inszenierte, jedoch substanzlose und unglaubwürdige Reformen – wie die Verfassungsänderungen vom Februar – haben nicht zur Deeskalation beigetragen. Ein Zurück zum Status quo ante scheint mittlerweile ebenso ausgeschlossen wie ein verhandelter Machtwechsel. Vielmehr besteht die akute Gefahr eines umfassenden Bürgerkriegs, der nicht nur zwischen Regime und Aufständischen, sondern auch entlang konfessioneller Linien ausgetragen wird. Damit steigt der Druck auf die internationale Gemeinschaft, militärisch zu intervenieren. Vordringliches Ziel sollte allerdings sein, eine unkontrollierte Gewalteskalation zu vermeiden und auf Zugang für humanitäre Organisationen zu dringen.

Eine andere Perspektive auf das Thema bietet SWP-Aktuell Nr. 11 (Februar 2012) von Markus Kaim: »Die Krise in Syrien – Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens«

Seit dem Scheitern der arabischen Beobachtermission Ende Januar hat die Gewalt in Syrien weiter dramatisch zugenommen. Syrische Sicherheitskräfte setzen verstärkt Artillerie zum Beschuss von Wohnquartieren ein, in denen sich Aufständische verschanzen. So waren Ende Februar drei Stadtviertel des zentralsyrischen Homs bereits seit Wochen unter Belagerung und Bombardement – mit katastrophalen Auswirkungen für die Zivilbevölkerung.

Zwar desertieren immer mehr Armeeangehörige aus den unteren Rängen. Die Spitzen und das Gros des nach wie vor schlagkräftigen Sicherheitsapparats stehen jedoch weiter loyal zum Regime. Die Rebellen der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) verüben immer wieder Anschläge auf Sicherheitskräfte, Armee und Geheimdienst

und hindern diese am Zugang zu den Hochburgen des Widerstands. Damit erfüllen sie eine gewisse Schutzfunktion für die Proteste, provozieren aber zugleich mehr Gewalt seitens des Regimes. Die FSA ist zudem schlecht ausgerüstet, ein Sammelbecken auch krimineller Elemente und in lokale Rebellengruppen zersplittert. Mithin stellt sie keine ernstzunehmende Herausforderung für Armee und Sicherheitskräfte dar.

In gemischten Wohngebieten wächst die konfessionell motivierte Gewalt, vor allem zwischen Sunniten und Alawiten. Gleichzeitig nehmen die Proteste auch in bislang als regimeloyal eingeschätzten Gebieten zu, insbesondere den beiden Handelsmetropolen Damaskus und Aleppo. Es gibt keine zuverlässigen Angaben über die Stimmung innerhalb der syrischen Bevölke-

rung. Die Beobachtung elektronischer Foren deutet jedoch darauf hin, dass viele bislang neutral auftretende Syrerinnen und Syrer mittlerweile offen Position gegen das Regime beziehen.

Die Verfassungsänderungen, die der Bevölkerung am 26. Februar 2012 zur Abstimmung vorgelegt wurden, sind in allererster Linie als Beweis mangelnder Glaubwürdigkeit des von Regimevertretern behaupteten Reformwillens zu sehen. Mit der Revision wird zwar die Führungsrolle der Baath-Partei in Staat und Gesellschaft gestrichen und ein Mehrparteiensystem eingeführt. Binnen drei Monaten sollen Parlamentswahlen abgehalten werden. Die Macht bleibt jedoch beim Präsidenten konzentriert, die übrigen Verfassungsorgane sind lediglich Staffage. Die neue Verfassung schreibt damit die in der Realität längst vollzogene Monopolisierung von Staat und Politik durch die Assad-Familie fest. Die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Perioden von je sieben Jahren soll denn auch erst nach Ablauf der jetzigen Amtszeit von Baschar al-Assad, also 2014, in Kraft treten und würde seinen Verbleib im Amt bis 2028 erlauben.

Unterdessen zeigen die Wirtschaftssanktionen Wirkung, die von den USA, der EU, der Türkei und den arabischen Staaten verhängt wurden, allen voran die europäischen Sanktionen gegen den syrischen Ölsektor. Die Bevölkerung leidet unter der Knappheit von Benzin, Heizöl und Butan-gas; Stromsperrern von bis zu sechs Stunden täglich treffen mittlerweile auch die Hauptstadt. Seit Beginn der Krise ist der Schwarzmarktkurs der syrischen Währung um rund 50% gefallen. Importgüter wie Weizen werden knapp und damit mangelt es an Brot; die Preise für lokal erzeugte Güter des täglichen Bedarfs, etwa Milchprodukte, steigen spürbar. Nach wie vor sind jedoch keine Anzeichen für die erhofften politischen Wirkungen der Sanktionen zu sehen: Weder hat die Regimespitze ihre Haltung verändert, noch hat die Unternehmerelite sich vom Regime abgewandt.

Die syrische Opposition bleibt in verschiedene ideologische Strömungen gespal-

ten und ist nicht geeint handlungsfähig. Der Syrische Nationalrat, den das »Treffen der Freunde des syrischen Volkes« am 24. Februar als einen legitimen Vertreter der syrischen Opposition anerkannt hat, ist intern von großen Spannungen geprägt und genießt nur zum Teil die Unterstützung der syrischen Bevölkerung. Als größtes Hindernis für ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Oppositionsbündnisse erweist sich dabei die Haltung zur Frage ausländischer Intervention, die von vielen Syrern kategorisch abgelehnt wird. Aus dieser Kontroverse ergeben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das aktuelle Vorgehen, deren Auflösung im Gegensatz zu anderen Fragen nicht auf die Zeit nach Assad vertagt werden kann.

Szenarien

Nach rund einem Jahr zunehmend gewaltsamen Machtkampfs scheint ein Zurück zum Status quo ante ebenso ausgeschlossen wie ein Machtwechsel durch Verhandlungen zwischen Regimespitze und Opposition. Offenbar sieht sich das Regime nach wie vor in einer Position der Stärke. Zugleich stehen einer Aufgabe des absoluten Machtmonopols die Konsequenzen entgegen, die dies für alle höheren Ränge in Staat und Militär mit sich brächte. Die Verwicklung großer Teile der Machtelite in Korruption, Gewalt und massive Menschenrechtsverletzungen lässt es undenkbar erscheinen, dass ein nennenswerter Teil dieser Gruppe einen Systemwechsel unbeschadet übersteht.

Für die Zukunft scheinen damit vier Szenarien möglich. Im Szenario **Regimeerhalt** zermüht die fortgesetzte Repression allmählich den Volksaufstand. Am Ende stehen ein international weitgehend isoliertes Regime und eine infolge der Sanktionen verelendende Bevölkerung. Vertreter der Protestbewegung leiden unter harschen Vergeltungsmaßnahmen. Die verbliebene Opposition radikalisiert sich, womöglich in islamistischer Richtung, und setzt den Kampf in terroristischer Form fort.

Implosion des Regimes. Eine weitere Zunahme von Desertionen, interne konfessionelle Spannungen und fehlende Ressourcen bewirken eine fortschreitende Desintegration der Streitkräfte. Das Regime greift immer stärker auf nur schwer zu kontrollierende Paramilitärs zurück. In Erwartung eines baldigen Regimekollapses erodiert die Loyalität im Staatsapparat, vor allem mittlere Regimekader setzen sich ab. Der innere Zirkel der Regimeelite erkennt schließlich die Aussichtslosigkeit der Situation und begibt sich ins Exil.

Dies könnte mit einer Spaltung der Streit- und Sicherheitskräfte einhergehen – mit der Folge einer massiven Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzungen. Eine solche Entwicklung würde zum Szenario umfassender Bürgerkrieg führen. Dieser dürfte sehr wahrscheinlich entlang konfessioneller Linien ausgefochten werden. Denn das Gros der Truppen sind Sunniten; die Armeespitze dagegen ist überwiegend alawitisch. Lediglich die vom Bruder des Präsidenten kommandierten Eliteeinheiten (4. Division und Republikanische Garde) bestehen nahezu vollständig aus Alawiten.

Im zugespitzten Szenario droht zudem ein Stellvertreterkrieg in Syrien, bei dem Akteure mit regionalen Ambitionen (Iran, Saudi-Arabien, Katar) jeweils Fraktionen logistisch und finanziell unterstützen. Schon jetzt drängen Saudi-Arabien und Katar darauf, die Rebellen militärisch auszurüsten. Auch ein Übergreifen des Konflikts auf Nachbarländer ist möglich. So könnten die im irakisch-syrischen Grenzgebiet lebenden Stämme in die Kämpfe verwickelt werden. Eskalieren könnten auch die Konfrontationen zwischen Anhängern der mit dem syrischen Regime verbündeten libanesischen Hisbollah und libanesischen Sunniten, die zumeist die syrische Opposition unterstützen. Hinzu kommen die Auswirkungen auf die Nachbarländer in Form von Flüchtlingsbewegungen, insbesondere in die Türkei, den Libanon und nach Jordanien.

Militärische Intervention. Bislang ist die internationale Gemeinschaft zurückhal-

tend, was eine militärische Intervention angeht – und zwar keineswegs nur aufgrund der ablehnenden Haltung Russlands und Chinas, sondern vor allem aus Sorge, in einen langen Bürgerkrieg und eventuell einen regionalen Konflikt hineingezogen zu werden. Spitzt sich die humanitäre Krise infolge einer Eskalation der Kampfhandlungen zu, wird jedoch der Druck auf die internationale Gemeinschaft wachsen, direkt militärisch zu intervenieren, notfalls auch ohne Mandat des Sicherheitsrates. Dies könnte gerechtfertigt werden, indem die Situation als Genozid gewertet wird oder als unmittelbare Bedrohung der regionalen Stabilität bzw. der territorialen Integrität des Nachbarlandes Türkei.

Unter den genannten Szenarien erscheint derzeit das einer Implosion des Regimes am wahrscheinlichsten. Anscheinend setzen sich immer mehr hochrangige Funktionäre aus Syrien ab. Auch mehren sich die Anzeichen, dass ein wachsender Anteil derjenigen Syrer, die das Regime vor allem aus Angst um die Stabilität des Landes stützen, seine Position überdenkt. Allerdings lässt das bisherige Verhalten des Regimes befürchten, dass dieses seine zunehmende Isolierung mit noch rigorosere Gewalteneinsatz beantwortet und die alawitische Bevölkerungsgruppe auf Solidarität verpflichtet. Schon jetzt macht eine steigende Zahl sunnitischer Syrer ihre alawitischen Mitbürger kollektiv für die Taten des Regimes verantwortlich, während dieses den Graben durch strategisch eingesetzte Angstpropaganda vertieft. Für den Fall eines Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung drohen damit Racheakte und eine Spirale unkontrollierbarer, konfessionell angeheizter Gewalt.

Handlungsoptionen der internationalen Gemeinschaft

Unter den genannten Szenarien ist eine Implosion des Regimes zu favorisieren, vorausgesetzt der Ausbruch unkontrollierter Gewalt wird verhindert. Eine solche Entwicklung wird am ehesten befördert,

wenn sich in breiten Teilen der Bevölkerung sowie auf Ebene der Beamten und Funktionsträger die Überzeugung durchsetzt, dass Assads Tage gezählt sind. Dafür ist es entscheidend, die internationale Isolation des syrischen Regimes weiter voranzubringen. Neben einer stringenten Umsetzung und weiteren Verschärfung der bestehenden Sanktionen hätte besonders ein Positionswechsel Russlands Signalwirkung. Dazu ist es notwendig, dem Konflikt den Charakter einer Konfrontation nach Muster des Kalten Krieges zu nehmen, in der Moskau gegen den Westen steht, und gemeinsam mit Russland und der Arabischen Liga Lösungen anzustreben.

Weiterer Gewalteskalation vorbeugen.

Zur Sicherstellung eines gewaltarmen Übergangs nach einem Zusammenbruch des Regimes müsste eine Post-Assad-Führung möglichst rasch die Kontrolle über den Sicherheitsapparat, die Paramilitärs und die Aufständischen gewinnen. Um dies vorzubereiten, sollte die internationale Unterstützung der syrischen Opposition sich darauf konzentrieren, konkrete Planungen für den Tag nach Assad voranzutreiben, die deren Handlungsfähigkeit stärken. Dazu sollte insbesondere die Ausarbeitung einer koordinierten Sicherheitsstrategie gehören, die auch Fragen von Übergangsjustiz klärt.

Von Waffenlieferungen an die FSA ist dagegen dringend abzuraten. Die Bundesregierung sollte sich stattdessen vermehrt Rufen nach solchen Lieferungen entgegenstellen und auch die arabischen Partner davon überzeugen, dass dies nicht der richtige Weg ist. Denn eine weitere Militarisierung des Aufstandes wird das militärische Kräfteverhältnis kaum entscheidend verändern, jedoch die Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung weiter in die Höhe treiben. Mit Anzahl und Wirkungsgrad der im Umlauf befindlichen Waffen steigt auch die Schwierigkeit, nach dem Regimesturz die Sicherheitslage schnell zu stabilisieren.

Vollends abzulehnen sind Ansätze, die humanitäre Hilfe und Unterstützung für die syrische Opposition instrumentalisie-

ren, um geostrategische Ziele (etwa im Zusammenhang mit dem Atomkonflikt gegenüber dem Iran) zu erreichen. Ein solches Handeln unterminiert nicht nur die deklarierten humanitären Prinzipien, sondern opfert auch die freiheitssuchende syrische Bevölkerung in zynischer Weise auf dem Altar machtpolitischen Kalküls.

Humanitäre Lage verbessern. Internationale Organisationen bewerten die Situation bereits heute als humanitäre Krise und bereiten sich darauf vor, zahlreiche Flüchtlinge in den Grenzgebieten der Nachbarstaaten Türkei, Jordanien und Libanon zu versorgen. Hier ist künftig internationale Unterstützung gefragt. Zudem gilt es darauf zu drängen, dass humanitäre Organisationen Zugang zu den von der Gewalt besonders betroffenen Regionen und Städten erlangen.

Die Einrichtung sogenannter Humanitärer Korridore oder Schutzzonen durch einzelne Staaten wird hingegen von den humanitären Organisationen derzeit entschieden abgelehnt. Ohne ein Sicherheitsratsmandat wäre dies nicht legitimiert und ohne eine umfassende Militärintervention mit Bodentruppen werden sich solche Räume nicht gegen den Willen des Regimes durchsetzen lassen, womit die beteiligten Staaten zur Kriegspartei würden.

Dennoch steht zu befürchten, dass die humanitäre Situation solch katastrophale Ausmaße annimmt, dass Nachbarstaaten wie das NATO-Mitglied Türkei – und damit letztlich die Bündnisorganisation insgesamt – unter immensen moralischen Druck geraten, dem Töten ein Ende zu setzen. Die NATO sollte daher gemeinsam mit der Türkei, den Staaten der Arabischen Liga und den humanitären Organisationen Kontingenzpläne für einen solchen Fall ausarbeiten. Dann wird es nicht nur darauf ankommen, dass die militärischen Mittel bereitstehen, sondern auch, dass Einverständnis über das konkrete Vorgehen und die strategischen Ziele eines Einsatzes herrscht.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364